

Rezensionen



Ulrike Weiland, Sandra Wohleber-Feller
Einführung in die Raum- und Umweltplanung
Stuttgart: Uni-Taschenbücher GmbH 2007, 322 S., 55 Abb., 5 Tab.

Warum gibt es so wenige Lehrbücher der Raumplanung? Wohl kein anderer universitärer Studiengang kann seinen Studierenden so wenige Grundlagenwerke bieten, in denen der disziplinäre Grundlagenstoff in systematischer und kompakter Form aufbereitet wird. Ein Grund kann in der unübersichtlichen Gemengelage vermutet werden, in der sich die querschnittsorientierte Raumplanung zwischen Disziplinen wie dem Städtebau, der Rechtswissenschaft, der Volkswirtschaftslehre oder Geographie befindet. Möglicherweise hemmt die relative Nähe zu diesen Fächern – und ihren Lehrbuchmaterialien – die Motivation von Raum- und Umweltplanerinnen und -planern zur Vorlage von Lehrbüchern. Ein anderer Hintergrund mag in einem nicht zu leugnenden Bedeutungsverlust der Raumplanung liegen, welcher sich auch in der universitären Ausbildung äußert. Insbesondere für die überörtliche Raumordnung muss festgestellt werden, dass ihr politischer Bedeutungsverlust mit einem schleichenden Erosionsprozess in der Breite und Dichte der universitären Lehre zu Themen und Instrumenten der Landes- und Regionalplanung korrespondiert.

Vor diesem Hintergrund ist das Erscheinen einer „Einführung in die Raum- und Umweltplanung“ von Ulrike Weiland und Sandra Wohleber-Feller uneingeschränkt zu begrüßen. Die vorgelegte Arbeit stößt in eine Lücke, die sich auch durch das Veralten von bereits vorgelegten Lehrbüchern aufgetan hat. Auch die integrative Behandlung von Querschnittsplanung und umweltorientierter Landschaftsplanung – zweifelsohne eine Besonderheit des deutschen Planungssystems – ist in dieser Form in einem Einführungswerk noch nicht geleistet worden und daher sehr zu begrüßen.

Das Buch gliedert sich in drei Hauptteile: einen Grundlagenteil mit Kapiteln zum System der deutschen Raum- und Umweltplanung, einer knappen Erläu-

terung von dessen Hauptkomponenten sowie einer knappen Skizze der Raumplanung auf Bundesebene. In Gastbeiträgen stellen Henning Nuissl und Thomas Gawron die historische Entwicklung der deutschen Raumplanung und die wesentlichen raumordnerischen Konzeptionen vor. Ein zweiter Teil des Buches widmet sich den verschiedenen Planungsebenen und den hier anzutreffenden Instrumenten. Behandelt werden die Landes- und Regionalplanung, die Bauleitplanung auf gesamtgemeindlicher und teilräumlicher Ebene sowie die auf den verschiedenen Ebenen angesiedelte Landschaftsplanung. Die Ausführungen zur Raumordnung fokussieren dabei auf die rechtliche Situation und administrativ-instrumentelle Ausgestaltung in Sachsen.

Der dritte Hauptteil des Buches gibt einen Überblick über das Spektrum der Umweltprüfverfahren. Behandelt werden die projektbezogene Umweltverträglichkeitsprüfung, die Umweltprüfung von Plänen und Programmen sowie die Eingriffsregelung. Hier findet der Leser detaillierte Ausführungen zum rechtlichen Rahmen der jeweiligen Umweltprüfinstrumente sowie auch zu deren formalen Abläufen und inhaltlichen Arbeitsschritten. Leider wurde die FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht in gleicher Intensität wie die UVP, SUP und die Eingriffsregelung berücksichtigt, was angesichts der stetig wachsenden Bedeutung dieses Instruments für die Raum- und Fachplanung bedauern mag. Eine knappe Erläuterung der FFH-Prüfung findet sich allerdings im Kapitel zur Bauleitplanung.

Eine wesentliche Stärke des Buches ist dessen „holistischer“ Gesamtansatz, indem Instrumente der Gesamtplanung und der bewahrenden Umweltplanung mit Schwerpunkten auf der Landschaftsplanung und den Umweltprüfverfahren integriert dargestellt werden. Die Ausführungen sind gut lesbar und mit zahlreichen informativen und übersichtlichen Tabellen und Gra-

fiken versehen. Die Literaturliste gibt den Leserinnen und Lesern einen guten Überblick über weitere Vertiefungsmöglichkeiten des Stoffes.

Mit Blick auf die Ländervielfalt in der Ausgestaltung der Raumordnung und Landschaftsplanung ist die Eingrenzung der Darstellung auf ein Bundesland (Sachsen) zweifelsohne nachvollziehbar. Allerdings hätte sich der Leser gewünscht, zuvor zumindest einen Überblick über die Organisationsformen der Regionalplanung in den Ländern präsentiert zu bekommen. Gleiches gilt für die Integrationsformen der Landschaftsrahmenplanung und die diesbezüglichen Erfahrungen der Länder. Wünschenswert wäre ferner ein breiterer Überblick über das Fachplanungssystem. Leider bietet das Buch zu Fragen der immissionsschutzrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Fachplanung keine Ausführungen, obwohl beides durch die neuere Gesetzgebung der Europäischen Gemeinschaft einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren hat. Gleiches gilt für die eingreifenden Fachplanungen wie die Abfallwirtschaftsplanung oder die Verkehrsplanung.

Schließlich hätte sich der Leser auch gewünscht, dass die Autorinnen das deutsche Planungssystem in stär-

kerem Maße einer internationalen Einordnung unterziehen. Zwar werden im Grundlagenteil des Buches die „europäischen Einflüsse auf die Deutsche Raum- und Umweltpolitik und -planung“ erörtert. Ein internationaler Vergleich von Planungssystemen wäre aber hilfreich, die Spezifik des deutschen Planungssystems zu verstehen und durchaus erkennbare Tendenzen in der Angleichung nationaler Planungskulturen zu reflektieren.

Insgesamt bietet das Werk von Weiland und Wohllebener aber einen wertvollen Überblick über die thematische und instrumentelle Bandbreite der Raum- und Umweltplanung. Studierende dieser Fächer werden das Buch sowohl für eine erste thematische Orientierung wie auch für die gezielte Vertiefung des Lehrstoffes im Grund- und Hauptstudium nutzen können. Aber auch Praktikern mit langjähriger Planungserfahrung kann die „Einführung in die Raum- und Umweltplanung“ durch dessen integrativen Ansatz wichtige Anregungen geben und Wissen zu neuen, noch weniger vertrauten Instrumenten wie der Strategischen Umweltprüfung vermitteln.

Stefan Siedentop (Stuttgart)



Eva Lang, Christiane Busch-Lüter, Jürgen Kopfmüller (Hrsg.)
Wiedervorlage dringend: Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit
Oekom Verlag, München 2007

Die Herausgeber fassen Arbeiten aus zehn Jahren Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) in einem Sammelband zusammen. Im Jahre 1996 gegründet, ist die VÖÖ die deutsche Sektion der International Society for Ecological Economics. Ziel der Ökologischen Ökonomie ist es, eine Ökonomie der Nachhaltigkeit zu entwickeln (exemplarisch Daly 1999), die anders als die neoklassische Umwelt- und Ressourcenökonomie im Umweltproblem nicht nur einen „externen Effekt“ herkömmlicher wirtschaftlicher Aktivitäten sieht.¹ Die ökologische Ökonomie geht davon aus, dass ökologische Leistungen und der materielle (Ressourcen-) Input in den Produktionsprozess überhaupt entscheidend für unser Wirtschaften sind. Bei einer weiteren

Zerstörung des „Naturkapitals“ wird sich dies langfristig negativ auf die menschliche Wohlfahrt auswirken. Dazu wird auch insbesondere das Wirtschaftswachstum kritisch gesehen, da dieses bisher mit steigendem Energie- und Ressourcenverbrauch bei zunehmenden Umweltproblemen verbunden ist. Vor diesem Hintergrund spielen Lebensstilfragen und die Frage von Wohlstand vs. Wohlfahrt (Lebensstandard vs. Lebens-

(1) Ein typisches Beispiel sind Schwefeldioxid-Emissionen in Großfeuerungsanlagen. Nachdem der saure Regen aufgrund der Emissionen zu Schäden geführt hatte (z. B. an Bauwerken), wurde über eine gesetzliche Regelung der Einbau von Filteranlagen vorgeschrieben und so das Problem „internalisiert“, d. h. die Kosten dem Verursacher angelastet.

qualität) eine bestimmende Rolle. Der Sammelband greift einige dieser Fragen auf, da sie für die Arbeit der VÖÖ von zentraler Bedeutung sind.

Das Buch ist in sechs Kapitel aufgeteilt. Im ersten Kapitel gibt C. Busch-Lüty eine kurze Beschreibung der Gründungsphase und der ersten zehn Jahre der VÖÖ. Das zweite Kapitel umfasst drei Artikel zu Basisorientierungen: ökologische Ökonomen kritisieren das mechanistische Weltbild der herkömmlichen Wirtschaftstheorie. Gegenstand der Kritik ist insbesondere die allgemeine Gleichgewichtstheorie, bei der vergleichbare Gesetzmäßigkeiten wie bei der mechanischen Physik im Verhalten der Wirtschaftssubjekte unterstellt werden. Besonders exemplarisch hierfür ist die Annahme, der Mensch verhalte sich wie ein „homo oeconomicus“ (d. h. ein ständig seinen Nutzen maximierendes Individuum). Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass der Vortrag eines Physikers, namentlich Hans-Peter Dürr, den Eingangsbeitrag bildet. In diesem fordert Dürr, dass die Ökonomie sich stärker wieder an der „Lebenswelt“ und nicht an starren Gesetzmäßigkeiten orientiert, die auch in der Physik als längst überwunden gelten. Hermann Graf Hatzfeldt stellt anschließend dar, was die Ökonomie von der Waldwirtschaft lernen kann. Die naturnahe Waldwirtschaft zeigt exemplarisch, wie sich wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung im Rahmen der nachhaltigen Nutzung einer regenerierbaren Ressource verbinden lässt. Im dritten Beitrag dieses Kapitels kritisiert Peter Finke, dass die Ökologie häufig das „kulturelle“ Ökosystem vergisst, das heißt die Frage, wie ökologische Fragestellungen sich im gesellschaftlichen Umfeld integrieren lassen.

Das dritte Kapitel umfasst fünf Beiträge unter dem Oberbegriff „Perspektiven“, wobei zwei der Beiträge ein zentrales Thema der VÖÖ aufzeigen: die Kritik am herkömmlichen Arbeitsbegriff. Auf den ersten Blick mag dies eine vielleicht seltsame Fragestellung für ökologische Ökonomen sein; jedoch, wie Adelheid Biesecker in ihrem Beitrag hervorhebt, zeigt gerade die Alleinstellung der Erwerbsarbeit und die Ignorierung der Reproduktionsarbeit (Kindererziehung, Hausarbeit etc.) die Enge des herkömmlichen Paradigmas mit der alleinigen Konzentration auf Marktgüter (im Brutto-Inlands-Produkt). Dies ist auch Gerhard Scherhorns Hauptargument im darauf folgenden Beitrag. Er weist zudem auf die zunehmenden Wohlstandskosten und Ungleichverteilungen unseres heutigen Wirtschaftens hin. Fred Luks greift schließlich im dritten Beitrag dieses Kapitels die Wachstumskritik auf (Nico Paech ergänzt dies im fünften Kapitel um eine Diskussion des Innovationsglaubens): Wenn Wohlstand nicht mit Wohlfahrt gleichgesetzt werden kann, müssen neben

Fragen des Einkommenswachstums vermehrt auch Fragen des guten Lebens in den Vordergrund rücken.

Die Forderung nach Erhalt der biologischen Vielfalt ist ein zentrales politisches Handlungsfeld im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, derzeit besonders deutlich durch die im Mai 2008 in Bonn stattgefundene Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention. Harald Spehl und Martin Held weisen im vierten Beitrag dieses Kapitels darauf hin, dass die Homogenisierung der Kapitalbestände in der ökonomischen Theorie dazu führt, dass Vielfalt und Diversität keine Rolle spielen. Ein Echo des Beitrages von Dürr ist hier erkennbar, da die Homogenisierung Ausdruck des mechanistischen Denkens ist (dies erlaubt es, wirtschaftliche Vorgänge in mathematischen Formeln zu fassen und Maximierungs-/Minimierungskalküle anzustellen). So ist auch die Kosten-Nutzen-Analyse, die z. B. bei großen Infrastrukturverfahren zur Messung der ökonomischen Effizienz von Maßnahmen eingesetzt wird, durch eine Reduktion auf leicht zu messende „Größen“ gekennzeichnet; das Maximierungskalkül führt außerdem dazu, dass gerade die Umweltfolgen aufgrund ihrer Langfristigkeit häufig ignoriert werden (sie sind einerseits kaum oder nicht zu messen und andererseits werden sie routinemässig diskontiert, so dass zukünftige Kosten und Nutzen stark abgewertet in die Rechnung eingehen). Peter Finke und Christiane Busch-Lüty ergänzen die Vielfaltdiskussion um die Kategorie der kulturellen Vielfalt.

Besonderes Anliegen der Ökologischen Ökonomie ist es, Lösungsansätze für (Umwelt-)Probleme zu finden und nicht nur auf theoretischer Ebene die herrschende Wirtschaftstheorie zu kritisieren. Im vierten Kapitel werden deshalb Artikel unter dem Oberbegriff „Gestaltungsansätze“ zusammengefasst. Den Auftakt bildet Beate Weber, ehemalige Oberbürgermeisterin von Heidelberg. In ihrem Beitrag stellt sie Aussagen aus einem Essay von C. Busch-Lüty den Entwicklungen in der Stadt Heidelberg auf dem Gebiet einer nachhaltigen Entwicklung gegenüber. Sie hebt hervor, dass Bürger und Bürgerinnen stärker in die Entscheidungen zur Akzeptanzverbesserung von z. T. sehr langfristigen Maßnahmen einbezogen wurden und dass sich dies sehr bewährt habe. Eva Lang behandelt im Anschluss die Finanzpolitik. Unter „nachhaltiger Finanzpolitik“ wird häufig etwas anderes als eine Finanzpolitik verstanden, die die Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung unterstützt (z. B. Steuerpolitik mit einer stärkeren Besteuerung des Ressourcenverbrauchs gegenüber dem Faktor Arbeit – auch wenn dieses mit der ökologischen Steuerreform z. T. in Ansätzen nun erfolgt). Dieser Beitrag geht auch auf ein Grundsatzproblem der Nachhaltigkeitsdiskussion ein, und zwar die Zer-

faserung der Begriffsdiskussion mit der Konsequenz einer nahezu beliebigen Verwendung des Begriffs. Gerade mit dem Ziel, die Nachhaltigkeitsdiskussion wieder stärker auf den Kern zurückzuführen, repräsentiert der Sammelband nach Meinung der Herausgeber eine „Wiedervorlage“.

Im dritten Beitrag des vierten Kapitels kommt Georg Müller-Christ auf die betriebliche Ebene zu sprechen. Die Ökologische Ökonomie bleibt, dies zeigt der Artikel exemplarisch, nicht auf der volkswirtschaftlichen Ebene mit grundsätzlichen Richtungsentscheidungen stehen, sondern zeigt auch Erfordernisse im Unternehmensmanagement. Dabei geht Müller-Christ vor allem auf die Probleme einer „Selbstbeschränkung“ z. B. im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch in den Unternehmen ein, was nach unserem heutigen Verständnis von „Wachstum“ schwierig zu vermitteln ist. Hierzu passt auch der abschließende Beitrag von Susanne Hartard mit einer Diskussion von Unternehmensverantwortung, die ja heute abhandeln zu kommen scheint. Da Verbraucher heute zunehmend ökologisches Verhalten einfordern, müssen sich Unternehmen schon aus Eigeninteresse verstärkt mit diesem Thema auseinandersetzen.

Das fünfte Kapitel ist einigen weiterführenden Reflexionen gewidmet. Dabei greift Sabine Hofmeister erneut das Thema Vielfalt auf, Nico Paech setzt sich mit dem Glauben an die „Lösungsmöglichkeiten“ der ökologischen Krise durch Innovationen auseinander und Daniel Sieben befasst sich mit einer „Ökonomie des Geistes“ als Gegengewicht zur materialistischen Sichtweise der herkömmlichen Ökonomik. Den Abschluss bildet mit Kapitel 6 ein Aufsatz in Erinnerung an Helge Majer, einem der Begründer der VÖÖ, der im September 2006 verstorben ist. Darin begründet Majer erneut, dass es bei Nachhaltigkeit um einen umfassenden Blick auf Lebensqualität geht und nicht nur um materiellen Wohlstand.

Der Sammelband verfolgt das Ziel, einen Überblick zu einigen Bausteinen einer Ökonomie von Nachhaltigkeit zu geben. Da es sich zumeist um Fachvorträge von

VÖÖ-Tagungen handelt, ist dieses Werk eher weniger als Einstiegsliteratur zur Ökologischen Ökonomie geeignet. Dies bedeutet aber nicht, dass Nicht-Ökonomen keine wertvollen Anregungen zum Thema Nachhaltigkeit aus ökonomischer Perspektive erhalten können. Gerade die Zerfaserung der Begriffsdefinition von Nachhaltigkeit macht es heutzutage erforderlich, sich stärker um eine Konzentration der Diskussion auf die Kernanliegen einer nachhaltigen Entwicklung zu bemühen. Der Eindruck, dass es um ein sehr breites Verständnis des Begriffs geht verbleibt auch aufgrund der thematischen Vielfalt der Beiträge in diesem Sammelband. In diesem Sinne wäre zumindest ein Überblickartikel zur Frage einer Ökonomie von Nachhaltigkeit bzw. generell zur Ökologischen Ökonomie von Vorteil gewesen, auch um die verschiedenen Aufsätze im Rahmen der (hier eher theoretischen) Nachhaltigkeitsforschung einordnen zu können. Einer der Herausgeber, Jürgen Kopfmüller, hat dazu mit dem integrativen Nachhaltigkeitskonzept der Helmholtz-Gesellschaft an hervorgehobener Stellung Beiträge geleistet (Kopfmüller et al. 2001). An anderer Stelle ist durch Theoriebildung versucht worden, diesem Anliegen gerecht zu werden (Ott & Döring 2004). Da das Buch jedoch die zentralen Themen der Diskussion in der Ökologischen Ökonomie und damit in der Ökonomie der Nachhaltigkeit aufgreift, darunter ein anderer Umgang mit Arbeit, Wachstumskritik, Kritik des mechanistischen Weltbildes in der ökonomischen Theorie, bildet es auf alle Fälle einen guten und hilfreichen Überblick über den Stand der Diskussion.

Ralf Döring (Greifswald)

Angegebene Literatur:

Daly, H. E. (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum: die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung*. Salzburg.

Kopfmüller, J.; Brandl, V.; Jörissen, J.; Paetau, M.; Banse, G.; Coenen, R.; Grunwald, A. (2001): *Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet*. Berlin.

Ott, K.; Döring, R. (2004): *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*. Marburg.



Sabine Müller-Herbers

Kooperation und Freiraumschutz.

**Beispiele großer Stadterweiterungsprojekte in Deutschland
und den Niederlanden**

Rohm Verlag, Dortmund 2007, 385 S.

Freiraum, „open groene ruimte“ und „landelijke gebied“ – Freiraumschutz im deutsch-niederländischen Vergleich

Obwohl neue Kooperations- und Beteiligungsformen in der Planung schon seit etwa 20 Jahren propagiert und in vielen einschlägigen Beispielfällen angewandt werden, ist es nicht eindeutig zu beantworten, ob und wie sie zu einer Sicherung der Freiraumfunktionen beitragen. Einerseits wird durch eine Öffnung der Planungsprozesse eine leichtere Umsetzung von Programmen, Plänen und Projekten propagiert. Andererseits besteht die Gefahr, dass umweltpolitische Ziele durch diese Verfahren verwässert werden. An dieser Frage setzt die Dissertationsschrift von Sabine Müller-Herbers an.

Um das Ergebnis zunächst einmal vorweg zu nehmen: Frau Müller-Herbers kann anhand zweier großer Stadterweiterungsprojekte in Münster (D) und in Enschede (NL) zeigen, dass kooperative Elemente in der Freiraumplanung eine wichtige Rolle spielen und dass eine kooperative Haltung unter verschiedenen staatlichen, kommunalen und privaten Akteuren auch zu qualitativ hochwertigen Planungsergebnissen führt. Dabei setzt das deutsche Modell der Kooperation auf eine starke Kooperation innerhalb der Verwaltung, indem Ämter und Experten systematisch um Vorlagen gebeten und in Bezug auf ihre Einwände befragt werden, um so die unterschiedlichen Belange in den Planungsprozess einzubinden. Die Niederländer öffnen sich gegenüber der Bevölkerung weiter und erreichen dadurch kreative neue Lösungen für wichtige Teilprobleme. Der Preis hierfür ist allerdings, dass unzählige Gespräche organisiert werden müssen und der Entscheidungsprozess kaum zu dokumentieren ist.

Zunächst scheint sich also ein altes Vorurteil zu bestätigen. Die Deutschen arbeiten an gesetzlichen Vorgaben orientiert, die Freiraumbelange werden technokratisch in den Planungsprozess eingebaut. Die Niederländer konnten schon früher beim Polderbau auf niemanden verzichten. Sie sitzen so lange zusammen und reden,

bis eine gute Lösung gefunden wird. In der detaillierten wissenschaftlichen Betrachtung lassen sich hier aber doch neue Gemeinsamkeiten und nicht erwartete Unterschiede nachweisen. Die These, dass die Öffnung streng formal geregelter Planungsprozesse für Investoren, Interessengruppen oder Bürgerinnen und Bürger nach dem Motto „Viele Köche verderben den Brei“ zu Qualitätsverlusten führt, wurde jedenfalls nicht verifiziert.

Dazu holt die Autorin recht weit aus. Ausgangspunkt sind die unterschiedlichen Raumplanungssysteme der beiden Länder. Das allgemeine planerisch-rechtliche Instrumentarium wird Schritt für Schritt auf die Elemente des Freiraumschutzes bezogen. Freiraumschutz wird im Sinne des Umwelt- und Landschaftsschutzes interpretiert, es werden also die Raumordnungs-, Bauleitplanungs- und Landschaftsplanungssysteme sowie die projekt- und planungsbezogenen Umweltverträglichkeitsuntersuchungen mit den jeweiligen niederländischen Pendanten erläutert. Zur Fokussierung und Präzisierung des Begriffs der Kooperation beruft sich Frau Müller-Herbers auf das Stufenmodell von Klaus Selle, der neben der reinen Koordination zwei Stufen der Kooperation unterscheidet. Bei der ersten Qualitätsstufe kooperieren selbstständige Akteure aus ähnlichen Sphären, z. B. Wirtschaftsunternehmen, Bürgerinitiativen oder Kommunen untereinander. Bei neuartigen Kooperationen einer höheren Stufe wirken selbstständige Akteure aus verschiedenen Sphären zusammen. Public-Private-Partnerships, Lokale Partnerschaften, Stadtforen etc. zählen dazu. Dieser Kooperationsbegriff bezieht also verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung mit ein. Ziel von Frau Müller-Herbers ist es nicht, einen Planungsprozess vollständig der einen oder anderen Stufe zuzuordnen und zu bewerten, sondern in dem projektbezogenen Netzwerk aus Akteuren und deren Beziehungen untereinander die „kooperativen Verdichtungen“ zu identifizieren und diese hinsichtlich ihres Kooperationsstyps und -anspruchs einzuordnen.

Neben der umfangreichen theoretischen Einführung präsentiert Frau Müller-Herbers in einer explorativen, empirischen Untersuchung die beiden Fallstudien, die großräumige Siedlungserweiterungen betreffen. Dies sind der neue Stadtteil Münster-Gievenbeck Südwest mit ca. 3 000 Wohneinheiten und der Stadtteil Enschede De Eschmarke mit ca. 5 000 Wohneinheiten, die jeweils in den 1990er Jahren planerisch vorbereitet wurden. Beide Studien sind als „normale“ Fälle kategorisiert. Sie erfordern vor Ort zwar besondere Planungsanstrengungen, da die Größenordnung der Projekte aus dem Planungsalltag herausragt, die Planerinnen und Planer treten aber nicht mit dem Anspruch pilothaft zu erprobender, kooperativer Planung auf. Durch diese Fallauswahl unterscheidet sich die Arbeit von vielen anderen, die die Vorgehensweisen und Ergebnisse besonders geförderter Projekte untersuchen.

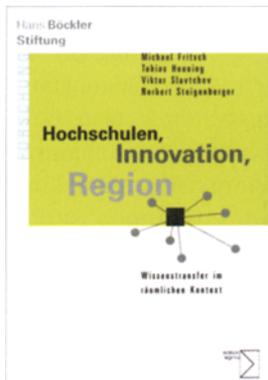
Methodisch geht Frau Müller-Herbers so vor, dass mithilfe eines Eingangsinterviews das Fallbeispiel in seinen Grundzügen aufgeschlossen wird. Daraufhin wird eine umfangreiche Dokumentenanalyse genutzt, um die Planungsgeschichte, die Akteure und deren kommunikative Handlungen zu identifizieren. Gleichzeitig wird der Planungsprozess auch in inhaltlicher Art und Weise beschrieben: Wie werden die Grünzüge behandelt und gesichert, und welche Auswirkungen haben welche Interventionen oder Verständigungen innerhalb von Arbeitsgruppen auf den Schutzgegenstand? Nachdem die Erkenntnisse in so genannten Validierungsinterviews überprüft wurden, können die beiden Fallstudien gegenseitig als Interpretationsfolie genutzt werden, um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der in Europa im normalen Alltag praktizierten Planungsansätze positiv und kritisch zu würdigen.

Diese Dissertationsschrift bietet allen, die sich in niederländische Planungsbelange einarbeiten wollen, eine umfangreiche und kenntnisreiche Einführung, und umgekehrt kann man dies auch für die niederländische Seite in Bezug auf die deutschen Gegebenheiten annehmen. Alleine die Zuordnung von Begriffen aus zwei planerischen Fachsprachen, die Einordnung der Rechtsmaterie, die Aufschlüsselung von ansonsten nicht zugänglichem Material machen die Dissertation interessant und zeigen, wie schwierig es ist, in qualitativer Art und Weise interkulturelle Themen in detaillierter Darstellung adäquat zu behandeln.

Dennoch bleiben auch ein paar Fragen an die vorgenommene Interpretation des Freiraumbegriffs zu stellen. Freiraumschutz wird richtig als Gegenstand eines Mehrebenen-Entscheidungssystems, also politisch, verstanden, indem der Umfang der Bebauung zunächst im regionalen und gesamtstädtischen Konzept hergeleitet und begründet wird. Dennoch ist dieser Schutzgegenstand in den konkreten Planungs- und Gestaltungsplänen dann später auf das Freihalten und Gestalten von „Grünen Fingern“ oder „Ökozonen“ reduziert. Diese werden von den Grünplanerinnen und Grünplanern mehr oder weniger gut verteidigt, die Ausgestaltung und Pflege obliegt ihrem Verhandlungsgeschick. In der freiraumsoziologischen Debatte geht es aber auch um das Konzept der Freiflächenversorgung, um Erholungsflächen an den Wohnungen, im Wohnumfeld und im allgemein zugänglichen Park; um die Zuteilung von privaten und öffentlichen Freiflächen sowie um das Verkehrskonzept, also den Platz für Fußgänger, Radfahrer, Autos etc. Richtig wäre es gewesen, den gesamten Planungsraum, also 100 % der Fläche in Bezug auf ökologische Funktionen (ecological functions) und soziale Leistungen (ecological services) zu betrachten. Dann müsste auch das System der Abfallentsorgung, der Wasserver- und -entsorgung oder der Bereitstellung von Energie mit ihren jeweiligen (Frei-)Raumansprüchen betrachtet werden. Alle diese Funktionen benötigen Fläche, Gestaltung und Pflege, um einen umweltfreundlichen und qualitativ hochwertigen Lebensort zu schaffen. Eventuell hätte dieser Ansatz aber zu weit geführt.

Frau Müller-Herbers betrachtet zwei Kulturkreise und schreibt für eine deutsche und eine niederländische Zielgruppe. In dem Bemühen, die Erkenntnisse für beide Seiten grundlegend darzustellen ist die Arbeit etwas zu ausführlich geraten. Man wünscht sich eine Verdichtung der Thesen und Erkenntnisse in mehreren Artikeln, so dass die wichtigen Aspekte z.B. für deutsche Leserinnen und Leser klarer herausarbeitet werden und Bekanntes weggelassen wird. Für die niederländischen Leser stellt sich der Bedarf genau umgekehrt dar. Sehr empfehlenswert wäre es auch, die Erkenntnisse in ein deutsch-niederländisches Planungslexikon einzuarbeiten. Hier steht uns eine Expertin zur Verfügung, die die schwierige Kunst des fachlich-interpretativen und nicht allein des technischen Übersetzens beherrscht und die im planerischen, interkulturellen Diskurs der Niederlande und Deutschlands eine wichtige Lotsenfunktion übernehmen kann.

Bettina Oppermann (Hannover)



**Michael Fritsch, Tobias Henning, Viktor Slavtchev,
Norbert Steigenberger**
**Hochschulen, Innovation, Region:
Wissenstransfer im räumlichen Kontext**
Edition Sigma, Berlin 2007

Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft hat auch Konsequenzen für die räumliche Verteilung von wirtschaftlichen Aktivitäten: der Bestand an Wissen sowie die Möglichkeiten einer Generierung und Nutzung von Wissen unterscheiden sich von Region zu Region. Demgemäß wächst die Relevanz einer Beantwortung zweier Fragen. Erstens, welche Faktoren in einer Region müssen jeweils vorhanden sein, um Wissen zu erzeugen und für die regionale Wirtschaft optimal nutzbar zu machen. Zweitens, welche Rolle können hierbei politische Maßnahmen spielen. Es ist naheliegend, dass in diesem Kontext den öffentlichen Hochschulen sowie den außeruniversitären Forschungsinstituten eine Schlüsselrolle zugemessen wird. Öffentliche Forschungseinrichtungen verfügen über Wissen, können direkt vom Staat gelenkt werden und sind zentralörtliche Einrichtungen innerhalb ihrer jeweiligen Standortregion.

Vor diesem Hintergrund sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Studien publiziert worden, in denen die Rolle von öffentlichen Forschungseinrichtungen für die regionale Wirtschaft untersucht wurde. In das Spektrum dieser Studien reiht sich auch die Untersuchung von Fritsch et al. ein, die sich auf die Hochschulen konzentriert und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nur teilweise einbezieht. Sie zeichnet sich jedoch gegenüber den meisten vorliegenden Arbeiten erstens dadurch aus, dass sie nicht nur eine Standortregion untersucht, sondern einen Vergleich von vier recht unterschiedlichen Regionen durchführt. Zweitens beschränken die Autoren ihre Untersuchung nicht auf den direkten Wissenstransfer zwischen Hochschulen und privaten Firmen, sondern führen auch eine detaillierte Untersuchung des sogenannten institutionalisierten Wissenstransfers durch, wie es ihn an den meisten Hochschulen heute gibt. Und drittens ergänzen die Autoren ihre auf Befragungen basierenden Analysen um eine umfassende Auswertung quantitativer sekundärstatistischer Daten, mit denen sich die Position der Hochschulen innerhalb regionaler Innovationsnetzwerke objektiv zeigen und bewerten lässt.

Mit Hilfe dieser Bausteine gelingt es den Autoren, die Wissens- und Innovationssysteme der Untersuchungsregionen umfassend zu beleuchten.

Konkret werden die (Raumordnungs-)Regionen Dresden, Halle, Jena und Rostock untersucht. Die Fokussierung auf ostdeutsche Regionen erklärt sich aus der dort als Folge des früheren planwirtschaftlichen Systems immer noch geringen privaten Innovationstätigkeit. Nach einer allgemeinen Betrachtung zur Rolle von öffentlichen Forschungseinrichtungen in regionalen Innovationssystemen und des bislang gegebenen Stands der Forschung hierzu (in Kap. 2) stellen die Autoren in ihrem Kapitel 3 die Standortbedingungen für private Firmen in den vier Regionen dar. Neben sekundärstatistischen Daten wird hierzu insbesondere auf eine eigene Befragung von regionalen Akteuren Bezug genommen. Die Unterschiede zwischen den vier Regionen werden später für die Erklärung von regionsspezifischen Ausprägungen des Wissenstransfers herangezogen. Das Kapitel 4 dient u. a. der Herausarbeitung wesentlicher Entwicklungsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Hochschulen sowie einer Charakterisierung der Hochschullandschaft in den vier Untersuchungsregionen.

Die zentralen Erkenntnisse der Autoren zum Wissenstransfer in den vier Regionen werden in den Kapiteln 5, 6 und 7 präsentiert. Das Kapitel 5 stellt die Befragungsergebnisse hinsichtlich der Kooperation von Hochschullehrern mit privaten Firmen sowie mit anderen Forschungseinrichtungen vor. Als Faktoren, die eine Kooperation der Hochschulen mit privaten Firmen begünstigen, werden u. a. die Ausrichtung der Hochschulen auf ingenieurwissenschaftlich-technische Fächer sowie die finanzielle Stärke der in einer Region vorhandenen Firmen angeführt. Das Kapitel 6 widmet sich dem institutionellen Wissenstransfer über sogenannte Transferstellen oder -agenturen an den Hochschulen, denen von den Autoren kein sehr günstiges Zeugnis ausgestellt wird. In Kapitel 7 schließlich werden die regionalen Innovationsnetzwerke auf Basis

der objektiv-quantitativen Daten des Patentregisters für die Jahre 1995 bis 2001 untersucht. Die Autoren zeigen, dass den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in allen vier Regionen eine zentrale Rolle im Prozess regionaler Wissenstransfers zukommt. Die Unterschiede zwischen den regionalen Innovationsnetzwerken werden u. a. auf die jeweils gegebene „absorptive Kapazität“ in der privaten Wirtschaft zurückgeführt.

Insgesamt gesehen bietet die Studie eine Fülle von neuen Erkenntnissen, aber auch Anregungen für weitere Forschungsarbeiten zum Thema „regionale Innovationssysteme“ sowie wichtige, in Kapitel 8 zusammenfassend dargestellte, Hinweise für politische Strategien, mit denen sich der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und privaten Firmen – nicht nur in den vier Fallstudienregionen – zukünftig verbessern ließe.

Martin T. W. Rosenfeld (Halle a. d. Saale)



Theophill Weick, Christioan Jacoby, Stefan M. Germer (Hrsg.)

Monitoring in der Raumordnung. Beispiele für Ansätze zur Überwachung der Umweltauswirkungen bei der Plandurchführung aus Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

In: ARL-Arbeitsmaterial 336. Hannover 2007, 65 S., 3 Anhänge

Die Herausgeber befassen sich gemeinsam mit weiteren Autorinnen und Autoren mit einem neuen alten, wieder spannenden Thema: dem Monitoring in der Raumordnung, insbesondere in der Regionalplanung. Nach theoretischen Ausführungen zu den rechtlichen und wissenschaftlichen Anforderungen an das Raumplanungsmonitoring werden von Planungspraktikerinnen und Planungspraktikern Rechtsgrundlagen und vorhandene Monitoringansätze der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland dargestellt.

Der Begriff des „Monitoring“ wird definiert als Beobachtung, Überwachung und Kontrolle. Monitoringverfahren sind in der Raumplanung zwar nichts grundsätzlich Neues: neben der laufenden Raumbeobachtung des Bundes und der Bundesländer nach den Regelungen des Raumordnungsgesetzes (ROG) und der Landesplanungsgesetze existieren auf allen Ebenen und für viele Politikfelder fachbezogene Monitoringsysteme. Durch Art. 10 der SUP-Richtlinie hat das Monitoring der räumlichen Planung jedoch eine zusätzliche Aufgabe erhalten: nunmehr muss das Monitoring von Raumplänen auch die Aufgabe der Umweltüberwachung leisten, indem nach allgemeiner Interpretation insbesondere erhebliche negative Umweltauswirkungen der Umsetzung von Raumplänen mit Hilfe des Monitoring erkannt und dafür Abhilfemaßnahmen

entwickelt werden können. Diese Form des Monitoring geht nach den Ausführungen des Autorenteam über die reine Beobachtung hinaus und soll die Überwachung und letztlich die Kontrolle der Planumsetzung ermöglichen; diese Form des Monitoring wird folgerichtig im deutschen Sprachgebrauch häufig als „Überwachung“ bezeichnet.

Nach der Klärung von Begriff, Aufgaben und Funktionen des Monitoring im Prozess räumlicher Planung werden die Anforderungen an das Monitoring in der Raumplanung, die aus dem ROG, der SUP-Richtlinie, dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und den bereits novellierten Landesplanungsgesetzen resultieren, sehr differenziert dargestellt, die wichtigsten Anforderungen noch einmal herausgehoben, und zueinander in Bezug gesetzt. Da in der Fachdiskussion die Begriffe „Monitoring“ und „Controlling“ oft nicht klar voneinander unterschieden werden, werden beide im Text definiert. Das „Monitoring“ von Raumplänen wird als ein grundlegender Bestandteil eines umfassenderen Controllings im Rahmen der Raumplanung definiert; unter „Controlling“ ist dabei in Anlehnung an die Begriffsverwendung in der Unternehmensführung die „Steuerung“ und „Unterstützung des Führungssystems“ zu verstehen – also weit mehr, als das Wort „Kontrolle“ beinhaltet.

Hilfreich für alle, die sich mit Monitoring in der Raumplanung im Allgemeinen und dem SUP-Monitoring im Besonderen befassen, sind die Ausführungen zu Gegenstand und Zweck des Monitorings in der Raumplanung, zu den Angaben zum Monitoring im Umweltbericht und in der Begründung sowie zur Durchführung des Monitorings und den anschließenden Ausführungen zur planungspraktischen Umsetzung, wobei innerhalb des zweiten Kapitels vereinzelt Dopplungen auftreten. Es wird empfohlen, frühzeitig ein Monitoringkonzept auszuarbeiten, die Überwachung möglichst in den regulären Planungszyklus zu integrieren und möglichst auch einen Überwachungsbericht zu erstellen.

Im dritten Kapitel geben ausgewiesene Planungspraktikerinnen und Planungspraktiker aus ihren Erfahrungsbereichen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland einen tiefen Einblick in die Bandbreite der Länder-Vorschriften zum Monitoring, in potenziell nutzbare Monitoringgrundlagen und vorhandene Monitoringsysteme, z.B. im Naturschutz-, Wasser-, Forst- und Abfallrecht. Sie kommen jedoch zu dem Schluss – und dies trifft nach den Ausführungen in diesem Band vermutlich nicht nur für die drei betrachteten Bundesländer zu – dass deutliche Inkonsistenzen zwischen den vorhandenen Monitoringansätzen und Defizite im Hinblick auf die Nutzbarkeit der verwendeten Indikatoren für ein Raumplanungsmonitoring bestehen. Ausführlich wird über die bisherigen Überlegungen und Ansätze zum Monitoring von Regionalplänen in der Westpfalz sowie in Süd- und Mittelhessen, zum saarländischen Landesentwicklungsplan sowie zum Regionalen Flächennutzungsplan für das Gebiet des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main berichtet. Empfehlungen werden insbesondere zur Verfahrensgestaltung und zur Koordination zwischen den beteiligten Planungsebenen gegeben.

Die Autorinnen und Autoren befürworten, dass ein Planungsmonitoring auch die Evaluierung von Regionalplänen im Sinne einer Umsetzungs- und Erfolgskontrolle ermöglicht, so wie es bereits in den Landesplanungsgesetzen von Hessen und Rheinland-Pfalz vorgesehen ist. Angesichts der Tatsache, dass sich viele Umweltbeobachtungssysteme jedoch noch im Aufbau befinden und mit der Planevaluierung noch keine Erfahrungen vorliegen, können jedoch zur Zeit noch keine weitergehenden Aussagen gemacht werden.

Die an sich nicht neue, aber bisher nur ansatzweise behandelte Fragestellung nach der Untersuchung der Verwirklichung von Raumplänen und der Kontrolle ihrer Zielerreichung bekommt durch den Nachhaltigkeitsdiskurs und die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien auf europäischer, nationaler, und regio-

nalener Ebene eine neue Brisanz. Denn die Trends zur Siedlungs- und Umweltentwicklung lassen den Schluss zu, dass mit den vorhandenen Steuerungsverfahren und -instrumenten einschließlich der Raumplanung eine nachhaltige Raumentwicklung nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden kann. Die Weiterentwicklung der Raumplanung im Sinne eines Controllings kann auch nach Ansicht des Autorenteam eine Möglichkeit bieten, die Steuerungswirkung der Raumplanung zu steigern.

Dieser Band bietet eine aktuelle und profunde Darstellung einer Vielzahl von Aspekten der durch die SUP-Richtlinie veränderten Aufgabe „Monitoring in der Raumplanung“. Die Untersuchung bereitet eine Vielzahl von Regelungen und Monitoringansätzen auf und strukturiert die Ergebnisse recht systematisch. Die Mühe, für die drei untersuchten Bundesländer Licht in dieses Dickicht zu bringen, ist nicht zu unterschätzen. Für die Leser hätte allerdings eine etwas kompaktere Darstellung insbesondere der Monitoringansätze der Bundesländer den Text „leichter verdaulich“ gemacht.

Die tabellarischen Übersichten in Anhang I über für das Monitoring nutzbare Daten in den drei Bundesländern veranschaulichen die Vielfalt vorhandener Datenbestände und die Unterschiede zwischen den Bundesländern; Verweise und Erläuterungen dieses Anhangs im Text hätten seine Verständlichkeit erhöht. Auch die im Anhang II und III dargestellten Monitoringkonzepte des Regionalplans Mittelhessen 2006 und des Regionalen Flächennutzungsplans im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main könnten etwas entschlackt den Textteil bereichern. Bedauerlich ist, dass die schweizerischen Erfahrungen mit dem Planungscontrolling nur kurz angerissen und Erfahrungen anderer europäischer Länder mit dem SUP-Monitoring nicht angesprochen werden.

Die Arbeit argumentiert konsequent auf der Grundlage der vorhandenen Rechtsgrundlagen und bleibt damit im Bereich des rechtlich vorgegebenen Rahmens für das Raumplanungsmonitoring. Überlegungen, wie Monitoring und Controlling der Raumplanung im Rahmen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der EU und der Bundesregierung in einem umfassenderen Ansatz für eine Steuerung in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden können, die eine angemessene Berücksichtigung von Umweltaspekten als integralem Bestandteil beinhaltet, werden nicht angestellt; dies bleibt somit weiteren Arbeiten vorbehalten.

Ulrike Weiland (Leipzig)